

Dresdener Volkszeitung

Verlag: Dresden
Adolf-Comp., Nr. 1208

Organ für das werktätige Volk

Verleger: Adolf Comp., Dresden,
Danziger Straße 1208, 1209
Telefon: 1208, 1209

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bei Erhalt von Schillingen inwieweit Art. 11 ist durch oder ohne Einfluß dieser Gesetze, bei der Beibehaltung der Dresdener Volkszeitung keine Änderung auf Rückzahlung bei Bezahlung der Zeitung.

Abonnementpreise: Vierteljährlich 1,50 M., halbjährlich 2,80 M., jährlich 5,20 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf.

Schriftleitung: Dresdener Str. 1208, 1209
Telefon: 1208, 1209

Abonnementpreise: Vierteljährlich 1,50 M., halbjährlich 2,80 M., jährlich 5,20 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf.

Nr. 140

Dresden, Freitag, den 19. Juni 1931

42. Jahrgang

Volkspartei will Ministerkrise

Der Schwerindustrie sind Schlichtungsordnung und Tarifrecht im Wege - Brüning muß antworten!

Oesterreichische Nöte

Bankstimmung in Wien

Der Soc. PresseDienst schreibt:
Die Deutsche Volkspartei will befreien. Wen und von wem? Natürlich das deutsche Volk von unerträglichen Reparationslasten. Das wollen wir auch. Aber für die Volkspartei ist es eine dringlichere Befreiung. Vernehmen wir, was Herr Dingeldey in einem Artikel der Kölnischen Zeitung sagt:

„Es handelt sich um die Aufgabe, den Reichskanzler (jetzt aus einer Lage zu befreien, in der er durch die Unzulänglichkeit einzelner und die verhängnisvolle Kraft revolutionärer Erscheinungen gefesselt, zum entschlossenen Handeln keine Möglichkeit finden kann.“

Mit dieser Absicht wird der erste Beschluß der völksparteilichen Fraktion, für die Einberufung des Reichstags zu stimmen, verteidigt. „Der Beschluß der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei vom Donnerstag, dem 11. Juni, sollte“ so sagt Dingeldey, „diese Fesseln sprengen (von roten Ketten macht auch frei usw.) und dem Reichskanzler eine neue Bahn schaffen.“

Und wie soll die Lösung der Fesseln vor sich gehen? Wir wissen es schon: Durch eine Veränderung in der Zusammenlegung des Kabinetts, und in dieser Beziehung finden wir höchstens insofern in dem erwähnten Artikel etwas Neues, als mit Anerkennung der Wichtigkeit der Rücktritt des Reichsfinanzministers Dietrich gefordert wird. Aber man beschränkt sich nicht mehr auf den Ruf nach neuen Persönlichkeiten, sondern man will diese neuen Persönlichkeiten auch auf eine neue Bahn stellen. Die neue Bahn wird auch mit ausreichender Klarheit gekennzeichnet. Sie soll so aussehen, daß sich auf ihr „nationalpolitische Vermunft und die Grundanschauung privatwirtschaftlichen Denkens mit dem „vaterländischen Freiheitsfinn“ verbindet. Da indessen diese Richtlinien noch nicht präzis genug sind, wird das Ziel an einer anderen Stelle des Dingeldeyschen Artikels wesentlich scharfer herausgestellt. Das gesamte deutsche Wirtschaftsleben, so heißt es da, leide unter einer Erstarrung, unter einem Stagnieren des ganzen Wirtschaftssystems, das in den zwölf Jahren seit der Revolution aufgebaut worden sei. Dieser Stagnation und dieser Erstarrung müsse von uns genommen werden. Und dann noch schärfer:

„Die schwierige Aufgabe besteht darin, die freie Betätigung des einzelnen, die Freiheit des Arbeitsmarktes unter der Ausschaltung staatlichen Zwangs durch Wiederherstellung der Selbstverantwortung des einzelnen wie der Organisation zu schaffen.“

Wenn Worte einen Sinn haben, so kann das nur bedeuten, daß die Deutsche Volkspartei den Abbau der Schlichtungsordnung und den Einbruch in das Tarifrecht verlangt. Das übertrifft nicht, da wir ja

in den letzten Tagen mehrfach gehört haben, daß die Partei der Schwerindustrie jede Veränderung der Notverordnung im Sinne der Wünsche der Arbeiterklasse von der Bewilligung solcher Gegenforderungen abhängig mache. Aber wesentlich wichtiger ist und bleibt die Frage, ob und welche Ausichten Herr Dingeldey bei seinen Besprechungen mit Brüning eröffnet worden sind. Herr Dingeldey selber sagt darüber, daß die Absprachen nur gegründet seien auf dem Vertrauen zwischen den Persönlichkeiten, die sie getroffen hätten. Es seien keine Verträge und keine Beschlüsse für die Öffentlichkeit:

„Ohne die gewalttätige Zerstörung eines Rebells, der unseren inneren Zustand verborgen hat, ohne den entschlossenen Versuch, eine erstarre Lage wieder in Bewegung zu bringen, hätte der Kanzler die Grundlage der Handlungsfreiheit nicht wieder gewinnen können... Ich habe auf Grund von Auseinandersetzungen, die in so bitteren Stunden für das ganze Volk geführt wurden, die Überzeugung, daß die Entschlüsse durch die Handlungen gerechtfertigt werden.“

Hier also wird unumwunden von gefassten Entschlüssen gesprochen, denen nur noch die Ausführung zu folgen hat. Wir fragen: Wen täuscht man hier und wer täuscht? Erzählt Herr Dingeldey seinen Anhängern einschläfernde Märchen, oder hat der Reichskanzler ihm tatsächlich bestimmte Zusicherungen gemacht? Wir haben das Recht, eine Antwort zu verlangen, die, um mit Martin Luther zu sprechen, keine Öhrner und Zähne hat. Wir müssen aus dem Nebel der Ungewißheit heraus, und es ist unabwiesbare Pflicht der Reichsregierung, ihn alsbald zu zerstreuen.

Stille Umbildung

Am Sonnabend hält die Reichsregierung eine Sitzung ab, auf deren Tagesordnung das Thema: „Personalveränderungen“ verzeichnet steht. Zunächst soll, wie wir zuverlässig erfahren, Staatssekretär Schäffer vom Reichsfinanzministerium zurücktreten. Als sein Nachfolger wird der bisherige Direktor der Steuerabteilung des Ministeriums, Dr. Jarben, genannt. Schäffer soll mit einer Sondermission betraut werden. Von Dr. Jarben, der der Deutschen Volkspartei angehört und als besonderer Vertrauensmann der Schwerindustrie gilt, weiß man, daß er seit langem auf einen härteren Kurs in der Finanzpolitik hinwirkt. Auf ihn geht die Befestigung der Lohnsteuererstattungen und die diesmal besonders unsozial gestaltete Sitzung der Beamten gehalten zurück. Man sagt ihm auch nach, daß seine guten Beziehungen zur Großindustrie ihm immer wieder die Ermöglichung nahelegen, ob es nicht möglich sei, die noch vorhandene steuerliche Belastung der Großbesitzer durch den Erlaß von Steuern weitgehend zu mildern.

Darf man fragen, ob diese Personalveränderung etwa als Anfang der von der Volkspartei geforderten Umbildung des Kabinetts zu betrachten ist?

England soll helfen

Zu MacDonalds und Hendersons Berliner Besuch

Der englische Ministerpräsident MacDonald und der englische Außenminister Henderson haben die Einladung der Reichsregierung zu einem Gegenbesuch in Berlin endgültig angenommen. Sie treffen am 17. Juli in Berlin ein und werden bis zum 19. Juli in der Reichshauptstadt verweilen. Voraussichtlich begeben sich MacDonald und Henderson dann zum Internationalen Sozialkongress nach Wien.

Der Besuch der beiden englischen Staatsmänner, die in Deutschland ebenfalls freundschaftlich und herzlich empfangen werden, wie der deutsche Reichskanzler und der deutsche Außenminister in England empfangen wurden, hat hohe politische Bedeutung. Er ist weit mehr als ein Höflichkeitbesuch, als der er nur außen erscheint. In Berlin werden die in Genève begonnenen Verhandlungen über die Weltkrise und das Reparationsproblem fortgesetzt, und wenn auch nicht abgeschlossen, so doch einer gewissen Klärung entgegengeführt werden, die für den Verlauf der drei Tage später beginnenden Verhandlungen der Reichsregierung mit maßgebenden Vertretern der ameri-

kanischen Regierung eine ziemliche Bedeutung haben dürfte.

Als Sozialdemokrat erfüllt uns mit besonderer Freude, daß Mitglieder der englischen Arbeiterregierung Deutschland in seiner Not zuerst die Hand zur Abwehr der Wirtschaftskrise gereicht haben und weiterhin gemeinsam mit uns bemüht sein wollen, was im Rahmen des Möglichen Hilfe angedeihen zu lassen. Zwar ist das Reparationsproblem noch nicht aufgerollt, aber daß es schon in aller nächster Zeit aufgerollt werden wird, steht heute außer jedem Zweifel.

8. London, 18. Juni. (Fig. Drahtbericht.)

Der Leiter des amerikanischen Finanzministeriums, Staatssekretär Mellon, hatte am Donnerstag nach seiner Unterredung mit MacDonald eine längere Besprechung mit dem Gouverneur der Bank von England. Später wurden die bereits am Mittwoch aufgenommenen Unterredungen mit den englischen Politikern fortgesetzt. Diesen Besprechungen wohnte u. a. Staatskanzler Snowden bei.

A. Wien, 19. Juni. (Fig. Funkdruck.)
Der geschäftsführende Bundeskanzler Ender hat den Auftrag des Bundespräsidenten zur Neubildung der Regierung nicht angenommen. Er erteilte dem Bundespräsidenten im letzten Augenblick eine Abfuhr, nachdem die Sozialdemokratie es abgelehnt, den von Ender geforderten Sozialisten ihre Zustimmung zu geben und sich zu der Verabschiedung eines verfassungändernden Gesetzes bereit zu erklären.

Die Lage in Oesterreich ist, wenn man Großes mit Kleinem vergleichen kann, ebenso traurig und ausweglos wie im Deutschen Reich. Wohl gibt es hier nicht jene politischen Spannungen, die Deutschland an den Rand des Bürgerkrieges führen können, aber die wirtschaftliche Lage ist in Oesterreich nicht minder trostlos. Der Versuch, die Kreditanstalt zu retten, stellt sich allmählich nicht nur als hoffnungslos heraus, sondern geht jedenfalls auch weit über die Kräfte des kleinen österreichischen Staates. Die Folge ist, daß man die Kreditanstalt nicht rettet, aber die Nationalbank gefährdet. Sie ist heute bereits der eigentlichen Krisenherd.

Die Kreditanstalt hatte ihr ganzes Eigenkapital verloren. Der österreichische Staat hat es ihr ersetzt und darüber hinaus noch weitere 40 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt. Die Hoffnung war, daß sich die Kunden der Bank nach dem Erlaß ihres Verlustes beruhigen und ihre Einlagen bei der Kreditanstalt belassen würden. Indessen ist unter den inländischen Gläubigern eine nicht zu bannende Beunruhigung eingetreten, die inzwischen zu großen Abhebungen geführt hat. Die Mittel hierfür konnte die Kreditanstalt ebenfalls nur von der Nationalbank erhalten, die infolgedessen ihren Notenumlauf ganz bedenklich steigern mußte. Man nimmt an, daß die Nationalbank in den nächsten Tagen bereits 600 Millionen Schilling ausgeben wird. Diese Situation der Kreditanstalt hat dazu geführt, daß auch die ausländischen Gläubiger Schwierigkeiten zu machen begannen. Die Regierung sah sich deshalb gezwungen, von dem Parlament eine Ermächtigung zu fordern, nach der sie für Einlagen in der Kreditanstalt staatliche Haftung gewährleisten kann. Damit sollte erreicht werden, daß ausländische Finanzgruppen bei der Kreditanstalt neue Einlagen machen und der inländische Abfluß weitgemindert werde. Diese Hoffnung hat sich aber als trügerisch erwiesen. Bismehr haben die ausländischen Gläubiger der Kreditanstalt gedroht, daß sie ihre Einlagen sofort kündigen werden, wenn nicht der Staat für sämtliche Einlagen eine Garantie übernehmen würde. Die französischen Gläubiger sollen außerdem verlangt haben, daß Oesterreich auf die Zollunion auf immer verzichtet. Unter dem Druck dieser Drohungen und Erpressungen hat der Finanzminister die staatliche Garantie für etwa 80 Millionen Dollar ausländische Guthaben bei der Kreditanstalt übernommen. Erst daraufhin verpflichtete sich das Gläubigerkonsortium, die Einlagen bei der Kreditanstalt zwei Jahre stehenzulassen.

Es ist nicht wahrscheinlich, daß diese Garantie gegen Oesterreich noch zwei Jahren geltend gemacht werden wird, aber bei der fragwürdigen Lage der Kreditanstalt darf man sie dennoch nicht nur als Formalität betrachten. So entsteht die Frage: Wer garantiert für Oesterreich?

Der Staat hat für die Kreditanstalt Auszahlungsgarantien bereits an eine Milliarde Schilling übernommen. Das hält seine wirtschaftliche Lage nicht aus. Dieses Verhältnis hat zu einer Beunruhigung geführt, die zu einer Panik auszuarten droht. Das Risiko ranen der Bevölkerung hat bereits auf andere Banken übergegriffen. Jetzt verlangen auch die Gläubiger der Oesterreichischen Nationalbank, um sie in ausländische Währungen umzuwandeln. Der Devisenstand der Nationalbank wird also ununterbrochen angegriffen, wenn auch im letzten Augenblick eine gewisse Hilfe dadurch erfolgt ist, daß englische Finanzkreise 150 Millionen Schilling über-

Wirdlich eine Abfuhr?

In den letzten Tagen ist in der Presse immer wieder behauptet worden, daß der Reichskanzler dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Brüning, in einer Unterredung u. a. eine Bedingung des Wirtschaftswohns in Aussicht gestellt habe. Demgegenüber wird der Soc. PresseDienst auf die Frage in der Reichshauptstadt von unabhängiger Seite ausdrücklich zu der Behauptung erwidert, daß eine derartige Bedingung nicht gemacht, sondern ausdrücklich abgelehnt worden ist.